



Die Stadtverordnetenversammlung  
- Ausschuss für Soziales, Gesundheit,  
Integration, Kinder und Familie -

## Tagesordnung I Punkt 11 der öffentlichen Sitzung am 14. Juni 2017

Vorlagen-Nr. 17-F-29-0001

### **Einrichtung einer Koordinierungsstelle für bürgerschaftliches Engagement - Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 07.06.2017 -**

Ohne das bürgerschaftliche Engagement der vielen ehrenamtlichen Flüchtlingshelferinnen und -helfer wäre die Aufnahme der vielen Schutzsuchenden in unserer Stadt nicht zu bewältigen. Umso wichtiger ist es, diese Gruppe von hochmotivierten Bürgerinnen und Bürgern fachlich bei den vielfältigen Fragen bei der Betreuung von Schutzsuchende zu beraten und ihnen bei der Organisation von Angeboten koordinierend und vernetzend zur Seite zu stehen. Eine der wichtigsten und notwendigsten Forderungen des unter großer Beteiligung erarbeiteten „Integrationskonzepts für Geflüchtete 2017-2020“ ist daher die Einrichtung einer Koordinierungsstelle, die hauptamtlich und weltanschaulich neutral sowohl für die Geflüchteten als auch für die ehrenamtlich Aktiven sowie Initiativen als zentrale Anlaufstelle dient. Die Aufgaben dieser Koordinierungsstelle sind im Integrationskonzept genauer beschrieben. Auch die „Lobby für Flüchtlingshelferinnen Wiesbaden“ wünscht sich eine zentrale Anlaufstelle bei der Stadt, die schnell und persönlich bei allen Fragen Informationen zur Verfügung stellt oder an kompetente Stellen weiter vermittelt.

Derzeit ist eine Koordinierungsstelle nicht vorgesehen. Dabei gäbe es eine Möglichkeit der (Teil-)Finanzierung einer solchen Stelle über das neu seitens des Landes aufgelegte „WIR-Programm“. Gefördert werden WIR Fallmanager für Geflüchtete, die u.a. einen Überblick über die bestehenden Angebote für Geflüchtete und Weiterleitung zu den zuständigen Stellen geben und die die Koordination zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen unterstützen sollen.

Wiesbaden nimmt bereits am Vorgängerprogramm teil. Die hierfür vorgesehene Kraft ist schwerpunktmäßig jedoch damit beschäftigt, eine Bestandsaufnahme der interkulturellen Öffnung im Kulturbereich durchzuführen.

Der Ausschuss möge daher beschließen,

der Magistrat wird beauftragt, eine -ggfls. eine zeitlich befristete- Koordinierungsstelle für ehrenamtlich Tätige in der Flüchtlingsbetreuung einzurichten. Die Finanzierung soll weitestgehend im Rahmen des WIR-Programms des Landes Hessen sichergestellt werden.

**Beschluss Nr. 0082**

der Magistrat wird beauftragt, eine -ggfls. zeitlich befristete- Koordinierungsstelle für ehrenamtlich Tätige in der Flüchtlingsbetreuung einzurichten. Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, welcher Finanzierungsbedarf für die Stelle (ggfls. unter Berücksichtigung einer Förderung durch das WIR-Programm des Landes Hessen) notwendig ist und diesen in den Haushaltsplanberatungen einzubringen.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .06.2017

Rutten  
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .06.2017

Dem Magistrat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Gabriel  
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat  
- 16 -

Wiesbaden, .06.2017

Dezernat II  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gerich  
Oberbürgermeister